

Haushalt

Hans Hümmer, FWG Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort!

Die vorgelegten Haushaltsüberlegungen des Landkreises für 2023 führen uns sehr nachhaltig vor Augen, dass die eh schon kaum mehr vorhandenen Handlungsspielräume der 33 Gemeinden, noch weiter eingeschränkt werden. Dies führt nahe an die Handlungsunfähigkeit heran.

Nun was sagt der vorgelegte Haushalt 2023 des Landkreises in wenigen Sätzen aus: Die 33 Gemeinden haben von 2022 bis 2023 eine Umlagekraftsteigerung, sprich Mehreinnahmen von 5.781.442,-- € zu verzeichnen.

Der Landkreis will hiervon 5.128.495,44 €, fast die ganzen Mehreinnahmen aller 33 Gemeinden, durch die Erhöhung der Kreisumlage abschöpfen.

Ich frage haben wohl die Gemeinden nicht auch mit deutlichen Personalkostensteigerungen, durch die inflationäre Entwicklung zu rechnen?

Von was sollen diese ihre unvermeidlichen Aufwandssteigerungen bezahlen?

Zwei Möglichkeiten können nur erkannt werden:

- Erste, durch Steigerung von Grundsteuern, Gewerbesteuern, Abgaben und Gebühren
- Zweite, durch Kürzungen von Ausgaben besonders bei den freiwilligen Leistungen bei Sportvereinen, gemeinnützigen caritativen Organisationen, Feuerwehren und Kirchen. Hierzu werden Sie verpflichtend durch die Rechtsaufsicht am Landratsamt angewiesen.

Die Sportvereinsvorsitzenden sitzen dann, wie kürzlich in der Stadtratssitzung in Pegnitz geschehen, als Zuhörer in den Ratssitzungen, können die Welt nicht mehr verstehen, sehen dies als Affront gegen das Ehrenamt und machen ihre Ratsvertreter verantwortlich, obwohl diese durch rechtsaufsichtliche Anordnung nicht mehr frei handeln dürfen um einen nicht noch größeren Schaden für Ihre Gemeinde zu produzieren.

Dies sind die wahren Zusammenhänge die oft ignoriert und verkannt werden.

Im Übrigen erwirtschaften schon vor den neuerlichen Kreisumlageerhöhungen viele Gemeinden ganz wenig freie Finanzspannen bzw. auch schon welche überhaupt keine mehr.

Die Stadt Pegnitz muss alleine in 2023 1.137.592,79 € mehr Kreisumlage bezahlen. Diese steigt von 5,53 Mio. auf 6,67 Mio. €, obwohl diese überhaupt keinen € mehr selbst erwirtschaften kann. In der Prognose wird die Kreisumlage 2026 also in 3 Jahren ca. 8,2 Mio. € und 2027 knapp 9 Mio. betragen.

Leider werden sich diese für viele von uns nicht mehr tragbaren Zustände, gerade durch die Kreispolitik weiter extrem verschlechtern.

Dies werde ich an einigen wenigen Beispielen erläutern:

Nehmen wir die gewichtige Rechtsvorgabe des kommunalen Haushaltsrechtes, dass bei den Haushaltsansätzen nur diejenigen Einnahmen und Ausgaben veranschlagt werden, die im betreffenden Haushaltsjahr mit größter Wahrscheinlichkeit auch tatsächlich kassenwirksam werden. Dies ist bei der Haushaltswirtschaft des Landkreises nicht erkennbar. Diese fordert gerade die Rechtsaufsicht am Landratsamt bei unseren Gemeinden ebenfalls ein.

Hier nun nachweislich die Fortsetzung dieser falschen und für uns unzulässigen Haushaltswirtschaft unter kurzer Betrachtung 2018 – 2022:

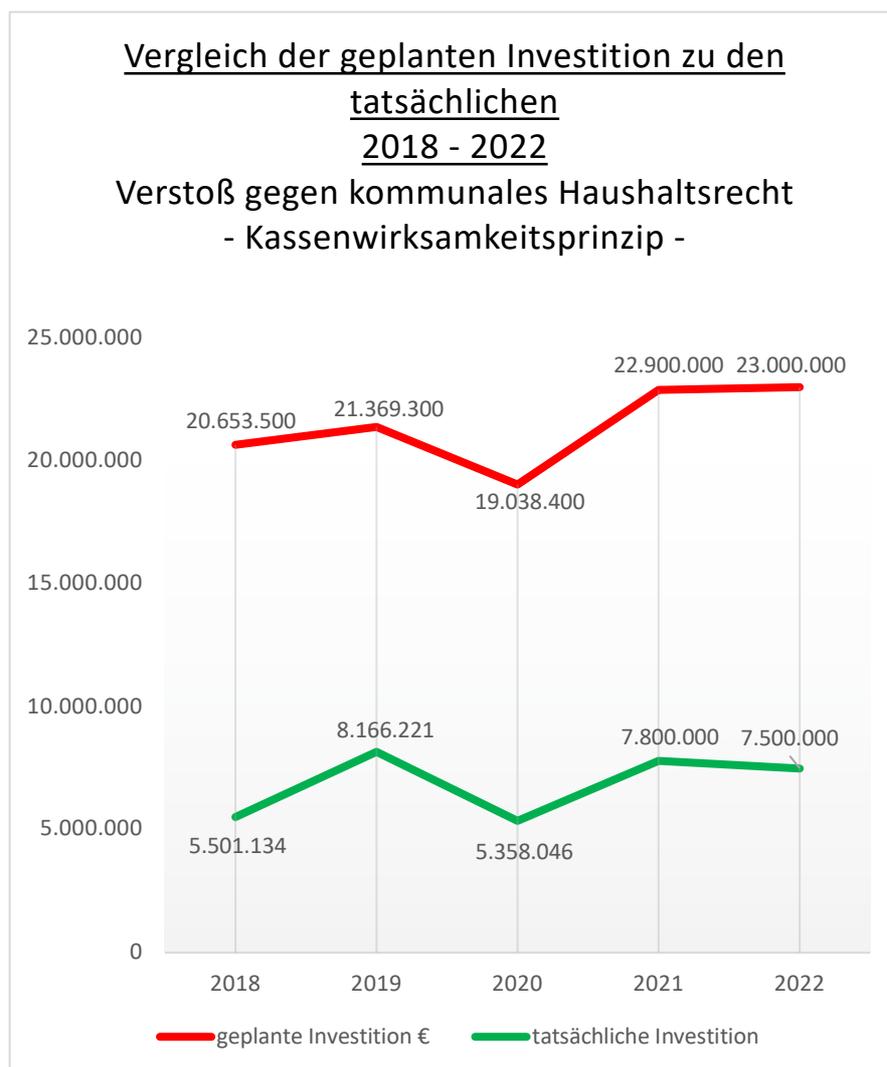
Im Haushaltsjahr 2018 waren 9.564.000,-- € Investitionen geplant und 11.099.500,-- € Haushaltsausgabereste aus den Vorjahren übertragen worden, woraus ein mögliches Investitionsvolumen für 2018 in Höhe von 20.663.500,-- € entstand, im gleichen Jahr aber nur 5.501.134,40 € investiert wurden, ist die rechnerische Folge, dass dann noch zusätzlich 15.162.365,60 € Verpflichtungsermächtigungen oder Ausgabereste, an nicht realisierten Investitionsabsichten nach 2019 übertragen wurden.

In Haushaltsjahr 2019 das Gleiche. Es wurden 8.166.221,06 € tatsächlich investiert und wiederum 13.203.078,94 € Haushaltsausgabereste oder Verpflichtungsermächtigungen gebildet.

Auch 2020, das erste Jahr unseres neuen Landrats ist das Ergebnis identisch. Haushaltsrechtlich waren 19.038.400,-- € Investitionsmöglichkeiten durch den Kreistag geschaffen, tatsächlich wurden 5.358.046,60 € investiert.

Die Zahlen 2021 erfahren die deckungsgleiche Fortsetzung dieser Nichteinhaltung des Kassenwirksamkeitsgebotes. 22,9 Millionen konnten 2021 gemäß den Festlegungen unserer Haushaltswirtschaft investiert werden, tatsächlich wurden aber nur ca. 7,8 Mio. € investiert.

2022 das Allergleiche. Bereitstehende Mittel für Investitionen ca. 23 Mio. Vorläufige Berechnungen gehen von durchgeführten Investitionen in einem Volumen von ca. 7,5 Mio. € aus.



Hierfür haben die Kreiskommunen über die Kreisumlage das Geld mit bereitgestellt und dieses Prozedere ist auch mit ursächlich für die hohen liquiden Mittel. Warum diese Handlungsweise von allen anderen Kreisträten so hingenommen wird ist sicher nicht mit dem Kassenwirksamkeitsprinzip und der Haushaltswahrheit und Klarheit vereinbar. Dass man wegen Gesetzesbeachtung an den Pranger gestellt wird, mutet seltsam an.

Fakt ist, dass eine Vielzahl von Maßnahmen einzeln betrachtet in einem Haushaltsjahr auch volumenmäßig abzuwickeln wären, jedoch zwischen Planansatz und tatsächlicher Ausführung mehrere Jahre vergehen. Dies ist meines Erachtens mit dem kommunalen Haushaltsrecht eben nicht vereinbar.

Nehmen wir zwei Beispiele die Brücke über die Wiesent in der Stadt Waischenfeld. Diese wurde bereits in die Haushaltplanungen 2013 mit 56.490,-- € für Planung, 2015 mit 378.000,-- € und 2017 mit 900.000,-- € eingestellt. Gehofft hatten wir das 2021 (8 Jahre nach Planungsbeginn und 6 Jahre nach bereitgestellter Haushaltsfinanzierung) eine Realisierung erfolgen würde.

Noch nicht einmal 2022 wurde mit der Maßnahme begonnen.

Noch krasser stellt sich der Sachverhalt bei der Kreisstraße BT 41 Elbersberg – Willenberg mit Anbau Radweg dar. Die Maßnahme wurde 2012 und 2013 über die jeweiligen Haushalte finanziert und dann 2020 gebaut. Ich möchte nicht wissen, welche Mehrbelastungen unsere Kreisbürgerschaft durch Kostensteigerungen hier zu tragen hatten. Dem Bürger hatte man damals in einer Pressekonferenz erklärt, dass 2013 mit dem Bau begonnen wird.

Seit Jahren warten wir auf die Weiterführung des Kreisstraßenausbaus BT41 mit Geh- und Radweg von Willenreuth bis Pegnitz. Einer der von Radfahrern und Wanderern meist benutzten Wege von Pegnitz mit seinem VGN-Bahnhof in die Fränkische Schweiz. In diesem Streckenabschnitt ist das Wandern und Radfahren lebensgefährlich.

Betrachtet man den Zustand einiger anderer Kreisstraßen so kann ich nur die Zustandsbeschreibung „desolat“ testieren.

Wie sagte doch Ludwig Erhard, der Vater des Wirtschaftswunders so treffend: “Wenn Abgaben erhöht werden und öffentliche Infrastruktur verfällt, dann ist das bereits ein Teil der Zeche, die der Bürger dafür zahlt, dass wir jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt haben und nach wie vor leben“.

Ein wirklicher Neuanfang sieht anders aus.

Anstelle durch Investitionen die Infrastruktur zu erhalten, erfahren die laufenden Kosten, wie die Personalaufwendungen, exorbitante Steigerungen.

Die permanenten Ausweitungen des Personalkörpers seit dem Ende der Amtszeit Diemel haben wir permanent angeprangert. Unser Aussagen hierzu war klar und eindeutig. Diese jährlichen Steigerungen der Personalstellen und der Personalkosten müssen beendet werden.

Seit 2009 bis 2020 in der Ära Hübner wurden im Landratsamt Bayreuth die Anzahl der Stellen von damals 224,5 auf 295 Stellen vermehrt. Das waren 70,5 Stellen oder 31,4 % mehr.

Auch der neue Landrat ist nicht gewillt hier etwas zu verändern. Alleine seit 2020, in den Haushaltsjahren 2021, 2022 und den angekündigten für 2023 werden diese auf 325,5 ansteigen. In diesen drei Jahren würden somit 30,5 neue Stellen geschaffen worden sein. Dies erhöht die prozentuale Steigerung seit 2009 auf ca. 45 %.

So sind die Personalkosten in den Haushaltsansätzen seit 2009 von 10.486.400,-- € auf 19.429.215,-- € in 2021 angestiegen. Bezieht man die Steigerungen 2022 (es liegt noch kein Rechnungsergebnis vor) und die vorliegenden Planungen 2023, sowie eine Tarifsteigerung von 5 % mit ein, ist die von mir errechnete Prognose zum 31.12.2023 ca. 22 Mio. €.

Das wäre mehr als eine Verdopplung! Wann hört dieser Wahnsinn auf?

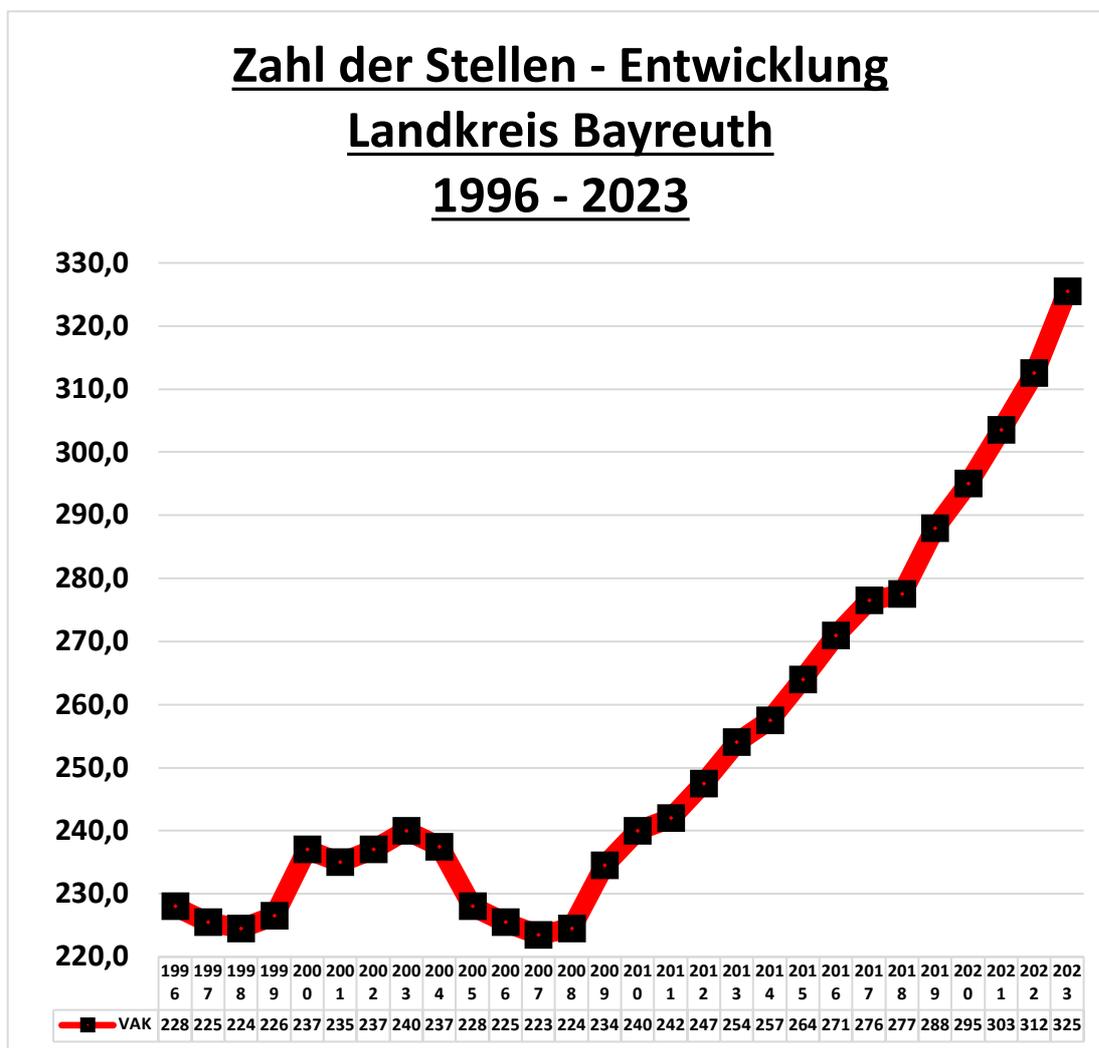
Bei der Ausweitung des Personals sind die Personalkosten nur ein Teil von steigenden Aufwendungen. Für die Vielzahl der neuen Stellen müssen selbstverständlich Arbeitsplätze mit adäquater Ausstattung und EDV geschaffen

werden. Die tatsächlichen Kostensteigerungen werden daher nochmals um mehrere Hunderttausende höher liegen.

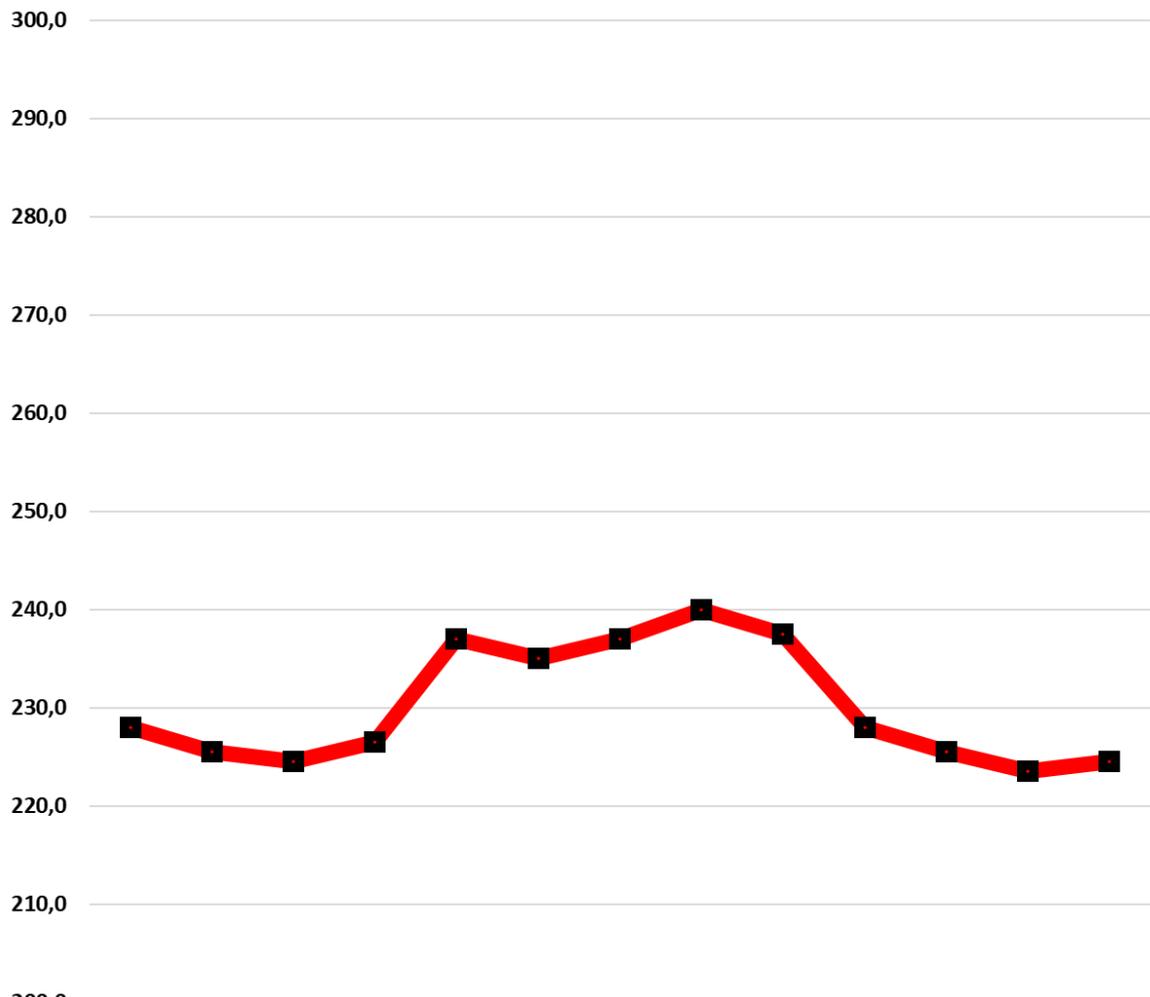
Wenn die Gemeinden Ähnliches tun würden, wäre der größte Teil längst nicht mehr in der Lage einen geordneten Haushalt aufzustellen.

Neben dieser monetären Untragbarkeit haben wir uns immer dagegen ausgesprochen, Verwaltung, Bürokratie, Überwachung und Regulierungswut durch Vorschriften und Anordnungen auszubauen. Das beklagt der Bürger seit Jahren.

Die bildliche Darstellung:

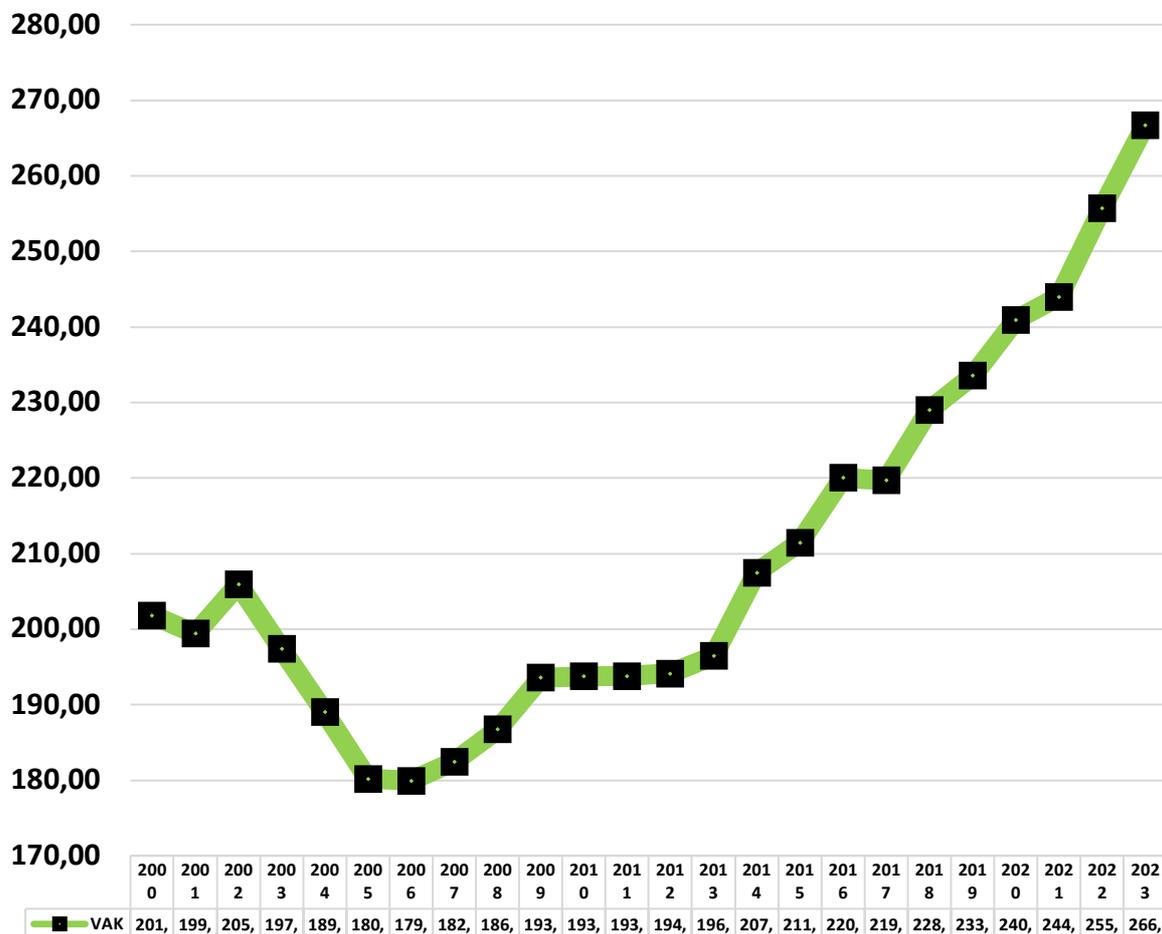


Zahl der Stellen - Entwicklung Landkreis Bayreuth 1996 - 2008



	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
VAK	228,0	225,5	224,5	226,5	237,0	235,0	237,0	240,0	237,5	228,0	225,5	223,5	224,5

Vollzeitäquivalente Beschäftigte Entwicklung Landkreis Bayreuth 2000 - 2023



Zum Seilbahnprojekt am Ochsenkopf. Ich habe bei Aufnahme meiner Verbandsratsstätigkeit ein bis dorthin so noch nicht gekanntes und vor allem auch nicht vorstellbares Chaos erlebt.

Die weitere Entwicklung war ebenfalls desaströs und hat ihren Höhepunkt mit der Vergabe eines jetzt über 45 Millionen teuren Projektes erreicht.

Mit Verlaub kann sich der Landkreis ein solches absurdes Projekt, das für mich weder im Umwelt- und Klimaschutz, noch in der Betriebswirtschaft, noch unter Zukunftsperspektiven, sich in ein Kosten-Nutzen Verhältnis bringen lässt, auch nur ansatzweise in dieser Zeit leisten.

Klare Aussage: Nein

Es ist untragbar wie eine Solidargemeinschaft aus 33 Gemeinden mit einem solchen Projekt belastet werden soll. Es interessiert anscheinend auch keinen, dass durch fehlerhaftes Handeln oder durch Untätigkeit zusätzlich weitere Belastungen einfach auch über diese Solidargemeinschaft abgewickelt werden.

In der Verbandssitzung zur Förderung des Wintersports im März 2021 wurde uns, auch durch Ingenieuren plausibel dargestellt, dass es möglich sei die Seilbahn bei entsprechendem Abspecken für 25 Mio. € zu bauen. Der Verbandsrat war hier der Meinung, das sollte als Höchstgrenze für die Durchführung der Maßnahme dienen.

In der Sitzung des Verbandsgremiums wurden am 16.11.2021 die Baukostensummen so festgelegt, dass eine Kostenschätzung über die Höhe der Ingenieurleistungen erfolgen konnte, um dann darüber zu befinden ob die Ingenieurleistungen nun europaweit ausgeschrieben werden müssen. Erst zu diesem Zeitpunkt konnte die Förderung bei der Regierung von Oberfranken beantragt werden. Die Förderbescheide gingen dann am 28.12.2021 im Landratsamt ein.

Die Höchstgrenze von 25 Mio. war hier bereits Geschichte. Nach dem Motto "Was interessiert mich und dies wörtlich, mein Geschwätz von gestern". Es wurden Gesamtkosten von 36,1 Mio. beschlossen, die sich aufteilten in Baukosten von 32,9 Mio. und Nebenkosten in Höhe 3,14 Mio.. Hierfür wurde die Förderung beantragt und eine 30 % Förderung verbescheidet. Ab diesem Zeitpunkt erfolgte eine Zustimmung meinerseits nicht mehr.

Tatsächlich waren wir bei der Auftragsvergabe im Oktober 2022 schon bei ca. 44 Mio. €.

Die genommene Entwicklung, dass bei jeder neuen Kostenschätzung die Baukosten um Millionen gestiegen sind, lässt für die wirkliche Ausführung bei den Kosten in der dann tatsächlich zu registrierenden Höhe nichts Gutes erwarten. Man wird wohl, auch unter Berücksichtigung der bereits in den Sand gesetzten Summen mit einem nahe an 50 Millionen heranreichenden Finanzbedarf rechnen müssen.

Nun was wird das für Auswirkungen für die Kreishaushalte der Zukunft bringen?

Hatten wir bei vormals geplanten 25 – 30 Mio. Investitionen einen Transferbedarf aus den Haushalt von jährlich ca. 2,5 Mio. € erwartet, wird dieser Transferbedarf nach meinen Berechnungen sich auf eher 3,5 Mio. hochschrauben.

Dies ist zum einen begründet durch die explosionsartig gestiegene Investitionssumme und durch deutlich gestiegene Zinsen. Im August 2020 hatte ich bei einem Kreditvermittler mal angefragt, mit welchen Konditionen wir bei Kreditsicherung des Kreditbedarfes über 30 Jahre rechnen konnten. Auch unter Forwardgesichtspunkten wären Konditionen, gesichert für 30 Jahre, mit einem Zinssatz von ca. 0,5 – 0,6 % möglich gewesen.

Hallo Herr Hümmer,

gerne zeige ich Ihnen auf indikativer Basis Angebote der SaarLB (Landesbank des Saarlandes). Insbesondere für Investitionsvorhaben, bei denen eine möglichst lange Zinsbindung = Zinssicherung angestrebt ist, bietet die SaarLB Kreditangebote für Kommunen und Kreise, die sich oftmals bei anderen Banken überhaupt nicht im Programm finden.

1. Kredit

Kreditbetrag: € 4.000.000,00 (indikativ und freibleibend) Kreditart: Tilgungsdarlehen
Zinsberechnungsmethode: 30 / 360 = Deutsche Zinsrechnung Auszahlung: 100% am 20.08.2020

Zinsbindung: a) bis 30.06.2030
b) bis 30.06.2030
c) bis 30.06.2045 (= Gesamtlaufzeit)
d) bis 30.06.2050 (= Gesamtlaufzeit)

Tilgung: a) 33.300,00 EUR, vierteljährlich, erstmals zum 30.09.2020
b) 50.000,00 EUR, vierteljährlich, erstmals zum 30.09.2020
c) 40.000,00 EUR, vierteljährlich, erstmals zum 30.09.2020
d) 33.333,34 EUR, vierteljährlich, erstmals zum 30.09.2020

Zinssatz: a) 0,29 %
b) 0,27 %
c) 0,45 % (= Gesamtlaufzeit)
d) 0,47 % (= Gesamtlaufzeit)

2. Kredit

Kreditbetrag: € 7.200.000,00 (indikativ und freibleibend) Kreditart: Tilgungsdarlehen
Zinsberechnungsmethode: 30 / 360 = Deutsche Zinsrechnung Auszahlung: 100% am 15.12.2020 (Forward)

Zinsbindung: a) bis 30.09.2030
b) bis 30.09.2030
c) bis 30.09.2045 (= Gesamtlaufzeit)
d) bis 30.09.2050 (= Gesamtlaufzeit)

Tilgung: a) 59.940,00 EUR, vierteljährlich, erstmals zum 30.12.2020
b) 90.000,00 EUR, vierteljährlich, erstmals zum 30.12.2020
c) 72.000,00 EUR, vierteljährlich, erstmals zum 30.12.2020
d) 60.000,00 EUR, vierteljährlich, erstmals zum 30.12.2020

Zinssatz: a) 0,32 %
b) 0,30 %
c) 0,47 % (= Gesamtlaufzeit)
d) 0,49 % (= Gesamtlaufzeit)

Ich freue mich auf den weiteren Austausch!

Mit besten Grüßen aus Wiesbaden

Bernd Nolte
Geschäftsführer

FORSA Geld- und Kapitalmarkt GmbH

Konditionentableau für Kreditaufnahmen für Kommunen und Kommunale Unternehmen

Kreditkonditionen (freibleibend)					
Kassenkredite (endfällig)		Kommunalkredit auf Null tilgend		AöR/KdöR auf Null tilgend	
6 Monate	2,85%	5 Jahre	3,45%	1 Jahr	3,40%
9 Monate	3,00%	10 Jahre	3,45%	5 Jahre	3,40%
12 Monate	3,20%	15 Jahre	3,25%	10 Jahre	3,55%
	3,55%	20 Jahre	3,25%	20 Jahre	3,50%
3 Jahre	3,45%	30 Jahre	3,05%	30 Jahre	3,25%
5 Jahre	3,40%	40 Jahre	3,50%	40 Jahre	3,55%

Konditionentableau für Termingeldanlagen für Kommunen und Kommunale Unternehmen

↓ Deutsche Institutssicherung bzw. durch Bundesland garantiert ↓

Sparkasse bzw. Genobank

Institutssicherung ab 5 Mio.€ / 2 Mio a.Anfrage
Moody's - Rating: Aa2 bzw. Aa3

3 Monate	off	2 Jahre	3,26%
6 Monate	2,77%	3 Jahre	3,35%
9 Monate	3,07%	4 Jahre	3,33%
12 Monate	3,19%	5 Jahre	3,16%

NORD LB - Hannover

Sicherung der Sparkassenorganisation
Moody's - Rating: A3

3 Monate	off	2 Jahre	3,53%
6 Monate	2,69%	3 Jahre	3,56%
9 Monate	2,96%	5 Jahre	3,55%
12 Monate	3,11%	10 Jahre	3,86%

LBBW - Stuttgart // Schuldschein

Sicherung der Sparkassenorganisation
Moody's - Rating Aa3 ab 2 Mio.€

3 Monate	off	2 Jahre	3,37%
6 Monate	off	3 Jahre	3,30%
9 Monate	off	5 Jahre	3,30%
12 Monate	off	10 Jahre	3,40%

Noch Ende 2021 hätten wir mittels Zinssicherungsgeschäften den größten Teil des notwendigen Kreditbedarfes mit 0,8 % pro Jahr über 30 Jahre sichern können.

Ein Zinssicherungsgeschäft wurde seitens der Geschäftsführung und des Verbandsvorsitzenden jedenfalls nicht abgeschlossen. Ergebnis: Für 30 Jahre müssen aktuell 3,05 % und für 10 Jahre 3,45 % Zinsen bezahlt werden.

Für ein Kreditvolumen von 34 – 35 Mio. werden wir anfänglich im Jahr ca. 1.000.000 bis 1.100.000,-- € bezahlen müssen.

Hätten wir im Rahmen einer Forward-Vereinbarung die Zinsen für 30 Jahre mit 0,8 % gesichert, wäre die Einsparung an Zinsbelastungen über einen 30-jährigen Finanzierungszeitraum etwas mehr als 10 Mio. € gewesen (34 Mio. x 2,2 % x 30 Jahre : 2 = 11.220.000 €). Bei 83 % Landkreisbeteiligung wären dies ca. 9,3 Mio. Einsparung gewesen die wir nicht auf die Gemeinden umlegen hätten müssen.

Im Herbst 2020 habe ich in einem Gespräch mit Landrat Wiedemann und seinem Vergabeexperten Baum gesagt, hebt sofort die vom Vorgängerlandrat inszenierte Ausschreibung mit Vergabeergebnis, das er noch am letzten Tag seiner Amtszeit, am 30.04.2020, ohne Vorhandensein eines Förderbescheides ratifizieren wollte, auf.

Für dieses so nicht vollziehbare Vorhaben wurden im Übrigen ca. 700 - 800.000,-- € für nicht brauchbare Ingenieurleistungen in den Sand gesetzt.

Eine mittlerweile beauftragte Berliner Anwaltskanzlei für Vergaberechtsfragen, für die wir bisher ca. 330.000,-- € (333.138,71 €) bezahlt haben hat uns dann in der Verbandssitzung am 17.11.2021, also über ein Jahr später nahegelegt, was ich schon im Herbst 2020 dem Herrn Landrat und seinem Mitarbeiter sehr nachdrücklich empfohlen und nahegelegt hatte.

Betrachten wir nur etliche kürzlich in den Tageszeitungen erschienen Artikel, mit deckungsgleichen Aussagen, wie sich der Wintersport im

Fichtelgebirge entwickeln wird, nämlich in wenigen Jahren wird es gar keinen mehr geben. Nicht nur dort, sondern auch in alpinen Lagen bis 2.000 Meter wird die Entwicklung gleich sein.

Auf das Fichtelgebirge kommen starke Veränderungen

Klimaveränderungen werden auch das Fichtelgebirge vor neue Herausforderungen stellen. Wie man die aktuellen Ergebnisse der Klimaforschung für Laien verständlich macht, erklärt Stefan Rahmsdorf an der Uni Bayreuth.

Von Thomas Geilker

UNSIEDELBAYREUTH. Der Klimawandel ist die Menschen vor zahlreiche Herausforderungen stellen. Dass sich die Folgen des menschenverursachten Klimawandels nicht nur global, sondern auch lokal bemerkbar machen, zeigt ein Blick ins Fichtelgebirge. Hier forscht Wissenschaftler mit seinem Team auf regionaler Ebene zu klimabedingten Veränderungen im Wasser- und Kohlenstoffkreislauf. Er erscheint für wichtig, den Lesern vor Ort die Auswirkungen der Klimaveränderungen aufzuzeigen. „Wir brauchen konkrete Szenarien, was vorstellbar ist, was wir erwarten. Und wir müssen uns damit auseinandersetzen, was auch und gerade bei uns negative Folgen des Klimawandels auftreten werden.“ Die Veränderung, die bereits zunehmend über die Region, sind die steigenden Durchschnittstemperaturen. „Wir haben im Klimamittel der letzten 50 Jahre 1971 bis 2020 nur noch Januar, der im Mittel...



Eine wichtige Verantwortung in der medialen Arbeit über das Thema „Mensch und Klimawandel“. Wir müssen in Bewusstsein rufen, welche Herausforderung die Klimakrise jetzt die Weichen für die nächste. Beim Weiterfahren dessen besteht ganz klar die Aufgabe der Klimakrise zum Zusammenbruch der heutigen Zivilisation. Doch wie informiert man über die globalen und regionalen Klimawandel? Um die Folgen, haben die Wissenschaftler eine umfassende Arbeit mit einem ganz besonderen Gebiet organisiert. Natürlich ist Hochgebirge noch gar nicht so jung. In der Folgezeit, der Weltweit, dann...

Ober: Zunehmende Trockenperioden führen zu Dürreschäden in den Forstgebieten des Fichtelgebirges. Rechts: Fehlende Schneesicherheit macht Wintersport am Ochsenkopf schwierig.



haben Thomas Geilker, das Dürre-Viel. Wenn zum Beispiel eine der Frühjahrsstrecken sehen wir hier Hitzeperiode auftritt, dann...



Viel Grün, wenig Weiß: So sah es noch vor wenigen Tagen in der Chemgau Arena in Ruhpolding aus. Ob: professioneller Wintersport in Mitteleuropa noch eine große Zukunft hat, ist fraglich.

„Es sieht wirklich traurig aus“

KLIMAWANDEL Höhere Temperaturen im Winter haben für den Spitzensport längst Konsequenzen. Sichtbar wird das beim Biathlon-Weltcup in Ruhpolding

REGIONAL

Samstag/Sonntag, 7./8. Januar 2023 | Seite 17

Wie steht es um die Zukunft des Wintersports?

Milde Winter, wenig Schnee: Die Prognosen der Klimamodelle lassen erahnen, dass sich auch der Wintertourismus im Fichtelgebirge auf solche Szenarien einstellen muss. Ferdinand Reb von der Tourismuszentrale Fichtelgebirge erarbeitet bereits alternative Konzepte für die Gäste.

Von Thomas Geißler

FICHELBERG. Gellinde gesagt, hat die Wintersportseason 2022/23 am Ochsenkopf bisher so gut wie nicht stattgefunden. Wohin man blickt, sieht man grüne Fichten und strömungsstarke Hänge, wo eigentlich Snowboarder und Skifahrer an schneebedeckten Hängen vorbei die Piste hinabklettern sollten. Mit Glück entdeckt man auf dem Gipfel noch ein paar weiße Stellen unter den Büschen, die letzten Resten, die noch von viererprechenden Saisonauftritt im Dezember zeugen.

„Wir müssen uns vor Augen halten, dass hier in 20, 30 Jahren vielleicht gar kein Wintersport mehr möglich ist.“

Ferdinand Reb Tourismuszentrale

Es waren die wenigen Tage, an denen die Natur den Pistenbetreibern am Ochsenkopf und den umliegenden Hängen kräftig unter die Arme gegriffen hat. Minsograde und wiederholter Schneefall lieferten in der Woche vor dem offiziellen Start am 16. Dezember beste Bedingungen, um die Abfahrten zu



Worksh gesun

ausvorsord
grün ist: Pilotg
Alter in Form"
schen mit beise
Bundesbeitrag
organisationen,
von Kommune
betriebsbedingte
arbeit, wobei e
zung dafür gi
dungsangebote
teure durchsra
zur Förderung
Wohnbevölkere
ren. Ziel eines V
gemischte Gray
Beratungsdienst
sätzliche Angel
nung zu etablie
Thema gesunde
Workshops ist i
ist um 14 Uhr im
tin wird sein. Di
eine Praxis für
-therapie betref
ist nötig unter
oder unter Tele

CC

BM

Foto: Ingo Schmidt

REGIONAL

Freitag, 16. Dezember 2022 | Seite 13

Wie viel Klimakiller steckt in der Schneekanone?

Kunstschnee macht's möglich: An diesem Freitag startet am Ochsenkopf planmäßig die alpine Skisaison. Aber ist es in Zeiten von Energiekrisen und Klimawandel noch vertretbar, für Wintersport Schnee herzustellen?

Von Peter Rauscher und Ute Eschenbacher

BISCHORSGRÜN/BAYREUTH. In den vergangenen kalten Tagen und Nächten konnte genügend Maschinenschnee produziert werden, um die Nordabfahrt trotz geringer Naturschneefalllage ausreichend zu präparieren. „Hervorragende Bedingungen“ auf der Piste gibt es auch Anlauf der Seilbahn. Zur Hinfüheren Beschneidung der Skipisten gibt es aber unterschiedliche Einschätzungen.

Das sind die Fakten:

Vollständig beschneit wird die Ochsenkopf-Nordpiste, die eine Fläche von rund sechs Hektar umfasst. Auf der Südseite wird lediglich der Bereich des Anfängerliftes technisch beschneit. Um eine durchschnittliche Schneefalllage von 30 Zentimetern auf der Nordpiste zu erreichen, die für gute Pistenbedingungen mindestens erforderlich ist, braucht es rund 10000 Kilowattstunden Wasser. Dafür muss die 2006 in Betrieb genommene Beschneidungsanlage rund 60 Betriebsstunden mit 930 Kilowatt Leistung laufen, der Stromverbrauch liegt demnach bei rund 48000 Kilowattstunden Strom, teilt der



Die Nordabfahrt am Ochsenkopf ist bei Skifahrern beliebt: Die Naturschneedecke wird hier um künstlichen Schnee ergänzt.

Bayreuth – ein Angebot, auf das eigene Auto zu verzichten. Ein vergleichbares Busangebot gebe es auf der Achse Bischofsgrün-Goldronach-Bayreuth.

Das Wasser für den Maschinenschnee werde nicht der Natur entnommen wie bei der Getränkeproduktion, sondern bleibe zurückgehalten dem natürlichen Kreislauf er-

kleinen Anteil an Flächen maschinell zu beschneien und somit für viele Menschen, die in der Region leben, als Naherholungsgebiet und für Gäste zur Verfügung zu stellen.“ Zu dem sichere der Wintertourismus erhöhe Arbeitsplätze. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, wie wichtig Erholungs- und Freizeitangebote vor Ort für die Menschen seien.

mit Verzögerung reagieren. Manuel Steinbauer, Professor für Sportökologie an der Universität Bayreuth, hält die umweltschädlichen Einflüsse der Sportaktivität im Fichtelgebirge noch für hinnehmbar. Trotz des erhöhten Aufwands für den Betrieb liegt der Vorteil im Angebot vor Ort, den kurzen

Weg zum Stützpunkt. „Dabei ist es wichtig, zu bedenken, dass es sich nicht nur um aufwendige, sondern auch um energieintensive Anlagen handelt.“

REGIONAL

Mittwoch, 14. Dezember 2022 | Seite 13

Erste Piste startet am Freitag die Skisaison

Klirrende Kälte und eine zarte Schneeeinfahrt zaubern Winterstimmung ins Fichtelgebirge. Doch reicht der Schnee schon zum Schlittschuhfahren mit den Kindern, für Langlauf oder sogar für rasante Abfahrten?

Von Alexandra Hautmann

BISCHOFGRÜN/MEHLMEISEL. Der Traum von weißen Weihnachten könnte sich dieses Jahr erfüllen. Aber auch die Wintersportler haben Grund zur Freude. Winter- oder Skiwandern, das geht schon jetzt prima in den Höhenlagen des Fichtelgebirges.

— Wann eröffnet aber der Ochsenkopf seine Pisten?

Am Freitag, ab 9 Uhr, dürfen die ersten Skifahrer die Nordpiste am Ochsenkopf herunterwedeln. Bis 16 Uhr werden beide Seilbahnen geöffnet sein. Die Schipiste ist allerdings noch gesperrt. Hier reicht der Schnee noch nicht ganz. Offen sein wird allerdings der kleine Kinderlift in Fleckl. Das teilt Andrea Müller, Geschäftsführerin der Tourismus und Marketing GmbH Ochsenkopf, auf Anfrage unserer Zeitung mit. Noch nicht so gut sieht es für die Langläufer aus. „Im Bereich der oberen Ringfläche liegen bestimmt schon 15 bis 20 Zentimeter Schnee, aber es reicht



Auf Hochtouren läuft die Beschneidung auf der Bleam-Alm in Neubau-Fichtelberg. Auch wenn noch nicht gespurt werden kann, so ist Skiwandern bereits auch außerhalb des Skizentrums möglich.

Keine die G

Beziehen Juragruppe mit Weiteres ab Pegnitz wird Umwelt Pseudom

Von

BAYREUTH. Bei Wasserversorgern müssen sich auf einstellen, in die müssen. Das können Tage dauern, teil Landratsamtes Götting auf Neel Das vom Ges mit erlassene A bis das Ortsteil nach Eilschütz getroffen Ortsan frei von dem Kran Göres-Götting.

Ursächlich ist wassers im Verfü versorgern hangt weitkommen, so g im Pegnitzer Tt Hans Hümmer it ung berichtet eines „größerem

Wir haben einen für die Gesamtheit der Landkreisbevölkerung nicht vertretbaren Gigantismus ohne Zukunftsverbesserung in Gang gesetzt, der von den Gemeinden meines Erachtens nicht mehr geschludert werden kann.

Gebraucht hätten wir andere ganzheitliche Ansätze und Strukturhilfen, die die Gemeinden des Fichtelgebirges und ihre Bürger überlebensfähig gemacht hätten.

Denken wir nur an die geplante Schließung der Höhenklinik in Bischofgrün. Dies führt für die Fichtelgebirgsregion zu Einbrüchen, die man mit Millionentransfers nicht beheben kann.

Wo waren hier die so oft ins Feld geführten guten Kontakte zur oberen Politik, wo war hier der Einsatz der bayerischen Staatsregierung?

Nun zu unsern Krankenhäusern Klinikum Bayreuth und Hohe Warte. Die dort genommene Entwicklung wurde von mir seit Jahren vorhergesagt. Da sowohl die Geschäftsführung als auch die Aufsichtsgremien meiner Meinung nach und als Resümee meiner Aufsichtsratsstätigkeit, den Ansprüchen nicht genügten, müssen wir jetzt bereits alljährlich Millionen (1.350.000,-- €) an Investitionskostenbeteiligung für das Krankenhaus bereitstellen. Ich erinnere, dass nach meiner Kenntnis nahezu 90 Millionen an Finanzmittel als Rücklagen vorhanden waren.

Dieser Zuschussbedarf des Landkreises wird sich dramatisch erhöhen. Für 2024 und 2025 ist nach dem Vorliegen der Klinikum Haushalte schon mit jährlich 3 Mio. Defizit ausgleich zu rechnen. Die Haushaltsplanung der Klinikum GmbH gehen für 2026 von 3,2 Mio. € und 2027 von 7,0 Mio. im Jahr aus.

Nicht nachvollziehbare Entscheidungen mit erheblichen Abfindungszahlungen, die unbegründet waren und falsche Personalbesetzungen in der Geschäftsführung haben mit dazu beigetragen. Ich erinnere an einen republikweit geschätzten Tavi-Spezialisten, der grundlos mit Millionenabfindung geschasst wurde. In der Folge haben dann natürlich jährlich 5 Millionen Einnahmen gefehlt.

Ich bezweifle, ob wir es uns leisten können, das Klinikum in 5 – 7 Jahren noch in kommunalen Händen halten zu können. Ich glaube es wird wie in anderen Landkreisen kommen.

Im Übrigen habe ich zu den vier Kreisräten gehört, die schon beim Kauf der Hohen Warte erhebliche Bedenken in kommunale Führungsfähigkeiten hatten und für eine Privatisierung gestimmt haben.

Überschlägig von mir berechnet, hätte jeder der beiden Gewährträger - Stadt und Landkreis – eine Geldsumme von ca. 70 Mio. sein Eigen nennen können.

Ich resümiere und fasse zusammen:

Nur drei von mir thematisierte Sachverhalte – Seilbahn Ochsenkopf, Klinikum Bayreuth und Personalaufwendungen – werden zum Zeitpunkt der nächsten Kommunalwahlen eine Kreisumlagemehrung von 8 Prozentpunkten nach sich gezogen haben.

Einen Millionenaufwand für einen unnötigen Landratsamtsbau noch gar nicht eingerechnet.

Sehr kritisch betrachten wir die mittlerweile auch per Rechtsprechung auferlegte Verpflichtung der Landkreise und deren umlagefinanzierten Haushalten, nicht nur den eigenen Finanzbedarf im Rahmen der Aufstellung des Kreishaushaltes, sondern auch denjenigen der Umlagezahler zu ermitteln.

Die Ermittlung wie dies der Landkreis in den letzten Jahren bei seinen Kreiskommunen durchgeführt hat, ist extrem realitätsfremd. Man stützt sich auf Plandaten aus der kommunalen Rechtsaufsicht und der dort vorliegenden kommunalen Haushalte der Vorjahre.

Die tatsächlichen sich ergebenden Werte, bei der im Regelfall späteren Haushaltsaufstellungen der kommunalen Haushalte, sind dann oft völlig negativer als die beim Kreishaushalt beschlossenen dargestellten Bedarfsnotwendigkeiten der einzelnen Gemeinden.

Dies dürfte ungemein rechtsproblematisch sein, vor allem unter dem Faktum des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes vom 27. September 2021.